



Die Salzburger Gemeinde

INFORMATIONEN AUS DEM SALZBURGER GEMEINDEVERBAND

6

FLGÖ-Tagung
in Salzburg

10

Energieabgabevergütung
und Umsatzsteuer

12

Vorstandssitzung
des Gemeindeverbandes

16

Nationalratswahl 2002
Ergebnisse und Analysen

Salzburger Gemeindetag 2002

in Saalfelden



Ich meine Wenn der Wind um die Ohren pfeift

Die Neuordnung der politischen Kräfteverhältnisse auf Bundesebene durch die Nationalratswahl am 24. November des Jahres steht am Ende eines turbulenten Jahres 2002 und verlockt vielmehr dazu, den Blick nach vor, als zurück zu werfen.

Dabei war 2002 keineswegs ein aus der Sicht der Gemeinden ereignisloses Jahr, im Gegenteil: sowohl landes- als auch bundespolitisch ist vieles in Bewegung geraten, manches zu unserem Vorteil, manches aber auch zu unserem Nachteil.

Und auch wenn es uns erfolgreich gelungen ist, vieles gemeinsam abzuwehren und die Position der Gemeinden – wie dies im übrigen auch durch die denkwürdige Festveranstaltung im Parlament am 20.11.2002 besonders hervorgehoben wurde – gegenüber Bund und Ländern unverändert stark ist, werden gerade die nächsten Jahre „Schlüsseljahre“ für die Zukunft der Gemeinden sein.

Wenn wir uns die bestürzende finanzielle Situation in zahlreichen Kommunen Deutschlands ansehen, müssen wir erkennen



wie wichtig eine starke Interessenvertretung ist, die rechtzeitig klare Worte findet. Wenn der Wind erst um die Ohren zu pfeifen beginnt, ist es fast schon zu spät, der feste Stand muss vorher gesichert werden.

Daher in aller Deutlichkeit: die Belastungsgrenze unserer Gemeinden ist erreicht.

Wir sind offen für Reformen, aber diese müssen endlich daran gehen, die zentralen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft anzupacken, ohne die Gemeinden dabei im Regen stehen zu lassen.

REUPLAN®

Der Trennwand-Profí



REUPLAN NORD

Salzburg – Oberösterreich

A-5751 Maishofen, Moosweg 5

☎ 0676/45990-58 ☎ 06542/80303 – Fax 80303-4

Zentrale: REUPLAN Reumiller GesmbH & CoKG - A-6971 Hard
Inselstraße 5 • Tel. 05574/73264-0 • Fax 73264-10

Aus dem Inhalt

- 3 Kommunale Kernaufgabe Daseinsvorsorge
Konsens österreichischer und deutscher Kommunen
- 4 Salzburger Gemeindetag 2002 in Saalfelden
- 5 Eine blendende Erscheinung...
- 6 FLGÖ-Tagung in Salzburg –
250 österr. Gemeindeamtsleiter bei Fachtagung
- 7 Föhnsturm in den Gebirgsgauen
- 8 Nachhaltige Strukturreform
gelingt nicht ohne Kommunen
- 9 Kollegium Rot-Weiss-Rot;
Aus dem Verbandsgeschehen
- 10 Energieabgabenvergütung und Umsatzsteuer –
wichtige Hinweise für Gemeinden
- 16 Vorstandssitzung
des Salzburger Gemeindeverbandes
- 18 Informations-Seminar
Salzburger Wärmeschutz-Verordnung
- 19 Bundesvergabegesetz 2002;
Keine Akteneinsicht
- 20 Nationalratswahl 2002 – Ergebnisse und Analysen
- 23 Konferenz zu den Herausforderungen
alternder Bevölkerungen
- 24 Internationale Tagung
„Kommunales Marketing in Hof“

*Ein gesegnetes Weihnachtsfest
und für 2003 alles erdenklich Gute
wünscht der Salzburger Gemeindeverband
allen Bürgermeistern, Gemeindevertreterinnen,
Gemeindevertretern und Gemeindebediensteten*

Bgm. Helmut Mödlhammer
Präsident

Bgm. Ök-Rat Hans Steiner
Vizepräsident

Dr. Franz Hocker
Direktor

Kommunale Kernaufgabe

Daseinsvorsorge

Konsens österreichischer und deutscher Kommunen

Präsident Mödlhammer: „Die Kommunen brauchen mehr Entscheidungskompetenz in der EU - dies funktioniert nur mit gleichteiliger Besetzung von Delegierten aus Ländern und Kommunen!“

Im Rahmen des Zweiten Europatags des Österreichischen Gemeindebundes und Deutschen Städte- und Gemeindetags richtet Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer zwei deutliche Forderungen in Richtung EU: „Die nationalen Delegationen sollen zu gleichen Teilen aus den Kommunen und Ländern bestellt sein. Eine Aufwertung des Ausschusses der Regionen mit Klagerecht beim EuGH ist ebenfalls wünschenswert!“.

„Die Chance einer Erweiterung liegt auch in einer Neuordnung der Kompetenzen mit dem Ziel, die Interessen der Kommunen entsprechend stark zu verankern“, erklärt Mödlhammer, und betont damit die Rolle der Gemeinden als Garant für eine funktionierende Daseinsvorsorge im Sinne der Bürger.

Regionale und kommunale Identität als Chance einer erweiterten EU-Wertegemeinschaft - Daseinsvorsorge kommunale Kernaufgabe

Mödlhammer will so der Gefahr eines einheitlichen Zentralstaates EU entgegenwirken und eine „von unten organisch wachsende Wertegemeinschaft, in der die

regionale und kommunale Identität nicht zu kurz kommt“ ermöglichen. Eine besondere Rolle wird dabei der Verankerung der Daseinsvorsorge als kommunale Kernaufgabe zukommen.

„Nicht alles und jedes ist dem wirtschaftlichen Wettbewerb unterzuordnen. Es gilt auch nach sozialen und regionalen Gesichtspunkten zu entscheiden. Die Gemeinden wissen am besten, wie diese Kernaufgaben im Interesse der Bürger erfüllt werden!“, stellt Mödlhammer die Positionen der Kommunen klar.

Die Einigkeit der deutschen und österreichischen Kommunen im Hinblick auf ein starkes erweitertes Europa, dessen Lebenschancen in den Kommunen liegen,

demonstrieren auch die sechs Forderungen des deutschen AdR-Mitglieds Landrat Hans Eveslage, denen sich der österreichische Gemeindebund zur Gänze anschließt, die kurzgefasst wie folgt dargestellt werden:

Ein gleichberechtigter Zugang zu vertretbaren Kosten; die Leistungen der Daseinsvorsorge als Gewährleistung eines flächendeckenden Angebots; die Wirtschaftlichkeit darf nicht alleiniges Kriterium sein; Leistungen müssen mit gewährleistetem Qualitätsstandards erbracht werden; die demokratische Kontrolle muss ebenso wie die Rechtssicherheit der Städte und Gemeinden gewährleistet bleiben.

DER PARTNER FÜR GEMEINDEN

Genossenschaft „SALZBURG“

- ▶ **Gemeindezentren**
- ▶ **Kindergärten**
- ▶ **Seniorenheime**
- ▶ **Feuerwehren**
- ▶ **Sanierungen**
- ▶ **Bildungseinrichtungen**
- ▶ **Wohnungs- und Liegenschaftsverwaltung**





Salzburger Gemeindetag 2002 in Saalfelden

Mehr als 120 Bürgermeister, Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister, Amtsleiterinnen und Amtsleiter sowie zahlreiche Ehrengäste nahmen am diesjährigen Gemeindetag am 6.11.2002 in Saalfelden teil. Kooperationspartner war der Raiffeisenverband Salzburg, der diese Veranstaltung maßgeblich unterstützt hat. Für den klingenden Rahmen anlässlich des diesjährigen Gemeindetages sorgten die Schüler und Lehrer des Musikschulsprenghaus Pinzgau 3 des Sbg. Musikschulwerkes.

Präsident Mödlhammer betonte, dass die Gemeinden sich sowohl bundes- als auch landespolitisch in den letzten Monaten großen Herausforderungen stellen mussten. Auch wenn vieles erfolgreich abgewehrt werden konnte – Mödlhammer erinnerte hier an die Ertragsanteile-Rückzahlungsforderungen des Bundes – ist die Belastungsgrenze bei den Gemeinden erreicht. Immer neuen Aufgaben stehen immer geringere Mittel gegenüber und trotzdem Salzburg bei der

Volkszählung zu den Gewinnern zählt, sind die finanziellen Aussichten keineswegs rosig. Viele der Veränderungen berührten echte „Kernaufgaben“ der Gemeinden, gerade unsere Gemeinden haben hier gezeigt, dass ihre Leistungsfähigkeit und Flexibilität jener der großen Apparate um nichts nachsteht, im Regelfall sogar voraus ist.

Der kommunalpolitische Bericht des Präsidenten schloss alle wichtigen Ereignisse der letzten Monate auf Bundes- und Landesebene mit ein. Der Sozialbereich war vom Kinderbetreuungsgesetz, das mit 1. April 2002 in Kraft getreten ist, der neuen Obergrenzenverordnung und der Pflegepersonalproblematik geprägt. Mit grossem Aufwand ist mit März 2002 – nach relativ kurzer, aber intensiver Vorbereitungszeit – das ZMR in den endgültigen Betrieb übergegangen; ein von den Gemeinden mit größtem Aufwand mitgetragenes, durchwegs sinnvolles Projekt, bei dessen Start aber auch Misstöne unüberhörbar waren. Mitte September 2002 wurden, nachdem

die meisten der zehntausenden Verfahren entschieden waren, die endgültigen Volkszählungsergebnisse der Großzählung 2001 kundgemacht.

Am 22.5.2002 hat der Nationalrat ein neues, bundeseinheitliches Vergabegesetz beschlossen. Die Schaffung eines neuen, bundeseinheitlichen Vergaberechts entspricht einem langjährigen Wunsch der Gemeinden, für das Bundesland Salzburg ist zu erwarten, dass das neue Vergaberecht Anfang 2003 in Kraft tritt. Das neue Gesetz ist allerdings äußerst umfangreich und unübersichtlich. Auch der Vergaberechtsschutz ist mit komplizierten Fristenregelungen ausgestattet, sodass auch weiterhin eine erhebliche Rechtsunsicherheit zu befürchten ist.

Die im wesentlichen auf Grund unserer Initiative eingeleitete Reform der Salzburger Gemeindeordnung wurde in den letzten Monaten intensiv beraten. Auch wenn der ins Begutachtungsverfahren gegangene Entwurf noch einige Schwächen aufweist, kann man zuversichtlich sein, dass hier erhebliche Erleichterungen kommen werden.

Das Jahrhunderthochwasser Mitte August hat in den Salzburger Gemeinden enorme Schäden verursacht. Neben dem tragischen Verlust von zwei Menschenleben sind in den Gemeinden auch enorme materielle Schäden eingetreten. Die Katastrophensituation hat bewiesen, dass ein jeder in das

Feuerwehrwesen investierte Euro richtig angelegt war. Vor allem hat sich aber auch gezeigt, dass es gerade die kleinen und überschaubaren Bereiche wie dies die einzelnen Gemeinden, ihre Bürgermeister, Feuerwehrkommandanten und deren Mitarbeiter sind, welche eine derartig vorbildhaftes Krisenmanagement und die rasche Hilfestellung ermöglicht haben.

Im Anschluss hielt Univ.-Prof. Dr. Lehner einen Vortrag zur weiteren Entwicklung der Konjunktur. Grundaussage der überaus interessanten Ausführungen: die Stimmung ist schlechter als die „harten“ Daten, dennoch ist auch für das Jahr 2003 nur ein zaghaftes Anspringen der Konjunktur zu erwarten. Die Zuwächse bei den Ertragsanteilen werden kaum spürbar ausfallen, eine echte Erholung ist erst längerfristig in Sicht. Positiv: die Exportentwicklung, v.a. in die neuen Beitrittskandidaten in Osteuropa. Lehner betonte auch im Hinblick auf eine derzeit in Ausarbeitung befindliche Studie, dass es unrichtig sei, dass mit der zunehmenden Bevölkerungszahl einer Gemeinde proportional die Ausgaben steigen; vielmehr zeige sich hier ein „U“ - förmiger Verlauf.

Die Veranstaltung klang mit einem Mittagessen auf Einladung des Raiffeisenverbandes Salzburg aus.

Eine blendende Erscheinung...

Corporate Identity für öffentliche Bibliotheken

In vielen Ländern Europas existiert schon lange ein einheitliches Logo der öffentlichen Bibliotheken in allen Gemeinden. Dank dieses einprägsamen Erscheinungsbildes auf Hinweistafeln, Ortsschildern, etc. findet dort auch jeder Ortsunkundige mühelos den Weg in die Bibliothek.

Im Land Salzburg weisen die Öffentlichen Bibliotheken dank initiativer Gemeinden mit Bürgermeistern, die ihren Bildungs- und Kulturauftrag sehr ernst nehmen, eine ansehnliche Anzahl an attraktiven Bibliotheken mit modernster Ausstattung und guten Medienbeständen auf. Zu diesem Erfolg hat das Land Salzburg mit dem Projekt „Digitale Bibliothek“ einen entscheidenden Beitrag geleistet, ein Großteil der vielfach ehrenamtlich geführten Bibliotheken in Salzburg verfügt seither über eine dem letzten Standard entsprechende EDV-Ausstattung, ein professionelles Bibliotheksverwaltungsprogramm, Internetanschluss, ausreichende Öffnungszeiten und ein geschultes Personal.

Wie bei jedem anderen erfolgreichen Unternehmen spielen für die Öffentlichen Bibliotheken eine zielgruppenorientierte Werbung, eine intensive Imagepflege und ein aussagekräftiges Erscheinungsbild eine immens große Rolle. Die möglichst flächendeckende Verwendung eines einheitlichen, vielseitig einsetzbaren Logos ist notwendiger Bestandteil einer Corporate Identity für alle Öffentlichen Salzburger Bibliotheken. Deshalb haben der Bibliothekarsverband Salzburg und das Land Salzburg gemeinsam ein einprägsames Logo für alle Bibliotheken Salzburgs durch die



Graphikerinnen Nele Steinborn und Andrea Neuwirth entwickeln lassen und die gesamten Kosten der Logoentwicklung übernommen. Das Logo wird auf Anfrage den Bibliotheken in digitaler Form für Drucksorten aller Art, als Briefformatvorlage und für Internetseiten kostenlos zur Verfügung gestellt und ist sowohl in Farbe als auch in Schwarzweiß einsetzbar. Der Bibliothek bzw. dem Bibliotheksträger entstehen lediglich die Erstellungskosten für allfällige Beschilderungen, Hinweistafeln und Stempel, deren Ankauf auch schrittweise erfolgen kann.

Für Gemeinden und Bürgermeister ist dies eine gute Gelegenheit ihre Salzburger Bibliothek professionell, werbewirksam und kostengünstig zu präsentieren und durch die Erstellung entsprechender Hinweistafeln, Schilder und Stempel zu unterstützen.

Bei Anfragen und etwaigen Unklarheiten kontaktieren Sie bitte:

Frau Herlinde Füssl,
Land Salzburg
(0662/8042-3211
e-mail: herlinde.fuessl@salzburg.gv.at)

oder Frau Elisabeth Zehetmayer,
Stellvertretende Vorsitzende des BVS, 0662/624720
e-mail: e.zehetmayer@aon.at

Salzburg Wohnbau - KOMMUNALBAU

Sporthalle Oberndorf

Nach einem Jahr Bauzeit wurde die neue Stadthalle in Oberndorf eröffnet. Die Halle wurde von der Salzburg Wohnbau mit einer Gesamtinvestitionssumme von 5,8 Millionen nach den Plänen der Architekten Mayer & Seidl errichtet. Die Stadthalle mit einer verbauten Fläche von 1.869 m² dient als Sport- und Veranstaltungszentrum. Bei sportlichen Events, Bällen, Festen und kulturellen Veranstaltungen finden bis zu 1.300 Personen Platz.



Im Gebäude befinden sich ein Gymnastikraum, das Jugendzentrum und Vereinsräume. Für die Stadthalle in Oberndorf wurde ein vorbildliches Energiekonzept entwickelt. "Im Winter dient eine Dichtbetonwanne als großflächiger Heizkörper, und im Sommer entsteht aufgrund der tiefen Lage der Halle ein angenehmer Kühleffekt durch das Erdreich", erläutert Ing. Christian Struber, Geschäftsführer der Salzburg Wohnbau. Die Temperaturen lassen sich genau auf die jeweilige Veranstaltungsart und Witterung abstimmen.

Kindergarten Neukirchen

Auf außergewöhnliche Weise wurde kürzlich der neue Kindergarten in Neukirchen am Großvenediger in Betrieb genommen.

Der neue Kindergarten mit Platz für vier Kindergartengruppen wurde von der Salzburg Wohnbau mit einem Investitionsvolumen von 1,6 Millionen Euro errichtet. Durch den Anbau an die Hauptschule konnten ökonomische Vorteile erzielt werden, wie Mag. Wernik GF der Salzburg Wohnbau



informierte. Mit mehreren Spiel- und Balkonterrassen öffnet sich der Kindergarten ins Freie. Als absolute Attraktion gelten die Großbrutsche sowie die großzügig gestaltete Außenanlage.

FLGÖ-Tagung in Salzburg

250 österr. Gemeindeamtsleiter bei Fachtagung in Salzburg

Die Bestuhlung im Hörsaal 380 reichte nicht aus, um für alle Platz zu bieten, die am 26. September zum Auftakt der Fachtagung der österreichischen Gemeindeamtsleiter in die Paris-Lodron-Universität Salzburg kamen.

Vor 250 österreichischen Gemeindeamtsleitern und führenden Mitarbeitern der Gemeinden referierte Univ.Prof. DDr. Benno

Entscheidungen, besonderes Augenmerk auf die "Zugereisten".

Vermeehrt bewährt sich eine Homepage, auf der alle für den Gemeindebürger wichtigen Informationen - auch mit Links zum Arbeitsmarkt und zur Wirtschaft - anzutreffen sind.

Der Tag endete für die Gäste mit einer Fülle von Salzburger Impressionen: Besuch von Salz-

und - quasi als Umrahmung - eine musikalische Spitzendarbietung des jungen Salzburger Schlagwerkakrobaten Martin Grubinger und seinem Ensemble waren das Programm des zweiten Tages der Tagung der österreichischen Gemeindeamtsleiter im Kongresshaus Salzburg.

Kommunales Marketing - Sinn oder Unsinn für die Gemeinden? Vortragende mit profundem Fachwissen waren von der FLGÖ (Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs) Salzburg zu diesem Treffen eingeladen worden:

Univ.Prof. Dr. Reinbert Schauer Johannes Kepler Universität Linz
Dr. Andreas Braun, Manager der Swarovski-Kristallwelten
Palle Thomson, einer der erfolgreichsten Trainer von Time Manager International.

Die Politik vertraten:

Der Präsident des Bundesrates Bgm. Ludwig Bieringer und Präsident des Österr. Gemeindebundes Bgm. Helmut Mödlhammer.

Das Image der Gemeinden hat sich in den letzten Jahren zu einem beachtlichen Faktor für die Wahl als Wohnort - nicht zuletzt aber auch für die Ansiedlung von Betrieben - entwickelt. Infrastruktur und Verwaltungsleistungen sind Teil des Angebotes, das es, nicht anders als in der Wirtschaft, zu vermarkten gilt. Ein Wettbewerb der Gemeinden um das Prädikat "lebenswerte Gemeinde" ist zu erwarten - profitieren wird der Bürger.

Der aus Dänemark stammende Palle Thomson wurde übrigens am Ende seines Vortrages gefragt, warum er sich ausgerechnet für einen Wohnort in Österreich entschieden hat, obwohl er in vielen Staaten bessere Verdienstmöglichkeiten und einen höheren Lebensstandard vorfinden würde. Als Antwort verweist er auf eine internationale Statistik: In puncto Lebensqualität ist Österreich weltweit unbestritten die Nummer eins.



Signitzer von der Paris-Lodron-Universität Salzburg über ein in den Gemeindeämtern oft noch viel zu wenig beachtetes Thema: Öffentlichkeitsarbeit und Public Relations in Gemeinden.

Direkt in die Praxis gingen dann seine Studenten, die anhand von selbst erarbeiteten und auch bereits umgesetzten Konzepten Möglichkeiten für PR-Strategien in den Gemeinden erläuterten. Wichtigstes Ziel der public relation in den Gemeinden:

Weg vom verstaubten Image des bürokratischen Amtes, Einbinden der Gemeindebürger in die Entscheidungen durch rechtzeitige und offene Information, Möglichkeit des Mitdiskutierens vor

burger Caféhäusern, Spaziergang durch die Altstadt zum Stieglkeller, wo an diesen Abend mit einem Konzert des Mozartensembles Salzburg und Balletteinlagen des Salzburger Landestheaters gleichermaßen Salzburger Kultur und Kulinarium geboten wurde.

Das Programm wurde am folgenden Tag im Salzburger Kongresshaus mit vielbeachteten Vorträgen führender Marketingspezialisten in musikalischer Umrahmung des Martin Grubinger Strings&Percussion Ensembles fortgesetzt.

Ein vielfach noch ungewohntes Thema mit Spitzenvortragenden aus Universität und Wirtschaft



Totengedenken

Der Altbürgermeister der Marktgemeinde Neukirchen a.Grv., Alexander Pichler verstarb am 21.8.2002 im 81. Lebensjahr. Pichler war von 1969 bis 1979 Bürgermeister der Marktgemeinde Neukirchen a.Grv.

Der Salzburger Gemeindeverband wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Föhnsturm in den Gebirgsgauen

Gemeinden im Lungau und Pinzgau
zum Katastrophengebiet erklärt

In den Nachmittagsstunden des 14. November 2002 haben orkanartige Föhnstürme im Lungau Hunderte Objekte und rund 4.000 Hektar Wald schwer beschädigt, es dürften rund 800.000 bis 900.000 Festmeter Holz gewonnen worden sein. Am stärksten betroffen waren im Lungau die Gemeinden Ramingstein, Thomatal, St. Michael im Lungau, Muhr, Zederhaus und Mautern-dorf. Kleinere Schäden gab es in fast allen Lungauer Gemeinden. Der Schaden allein an den Wäldern im Lungau wird auf 55 Millionen Euro geschätzt. Der Schaden, der an Häusern sowie Infrastruktureinrichtungen, wie Straßen und Stromleitungen, entstanden ist, kann derzeit noch nicht beziffert werden.

Die Sturmkatastrophe hat im Pinzgau am 16.11.2002 ein Todesopfer gefordert. Bei Stuhl-

felden hat der Sturm eine Garnitur der Pinzgauer Lokalbahn aus den Schienen geworfen. Bei dem Unglück wurde eine Person getötet und mehrere Fahrgäste verletzt.

Rund 100 Häuser wurden abgedeckt und mindestens 1.400 Hektar Wald total zerstört. 800.000 Festmeter Schadholz müssen abgearbeitet werden. Allein der Windwurf-Schaden wird auf rund 30 Millionen Euro geschätzt, teilte Franz Michel von der Pinzgauer Einsatzleitung mit. Besonders große Verwüstungen wurden in den Gemeinen Piesendorf, Kaprun, Uttendorf, Bruck, Fusch, Rauris, Zell am See (Erlberg), Bramberg und Neukirchen festgestellt. Aber auch die Gemeinden Wald, Krimml, Stuhlfelden und Mittersill waren betroffen.



Entscheidungsträger brauchen Informationen schnell und übersichtlich ...

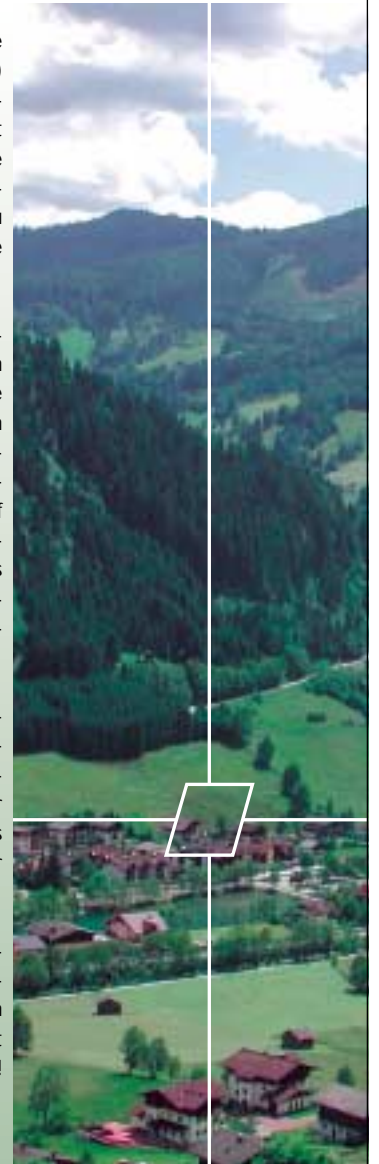
Heutzutage sind Geografische Informationssysteme (GIS) aus Wirtschaft und öffentlichen Bereichen einfach nicht mehr wegzudenken. Aber wie finden Sie, als Entscheidungsträger, am schnellsten genau die Informationen, die Sie brauchen?

PowerGIS schafft den Vorsprung. Von der individuellen Beratung über die normierte Daten-Aufbereitung bis hin zur Realisierung einer kompakten GIS-Lösung. Profitieren Sie vom raschen Zugriff auf aktuelle und präzise Informationen. Und das auf Basis von langfristigen Rahmenverträgen und attraktiven Finanzierungsmodellen.

PowerGIS bietet Ihnen darüber hinaus eine direkte Verknüpfung mit dem Know-How und der Infrastruktur des größten Netzbetreibers im Bundesland Salzburg: der Salzburg AG.

Neugierig, welches Leistungsspektrum PowerGIS Ihnen anbieten kann? Rufen Sie doch an. Das PowerGIS-Team gibt gerne Antwort auf Ihre Fragen!

0662 8884 9352



UNSER KNOW-HOW – IHR VORSPRUNG.

PowerGIS
Ihr Ansprechpartner: Robert Sölkner
robert.soelkner@powergis.at
Vogelweiderstraße 65 | 5020 Salzburg
T: +43/662 8884 9352 | www.powergis.at

PowerGIS.

Nachhaltige Strukturreform gelingt nicht ohne Kommunen!

Gemeindebund fordert Stärkung der Kommunen und Einbindung in staatliche Willensbildung durch verfassungsrechtliche Bestimmungen!

Im Rahmen der gemeinsamen Pressekonferenz des Österreichischen Gemeindebundes und der Kommunalkredit Austria AG mit Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer und Kommunalkredit-Generaldirektor Dr. Reinhard Platzer am 28.11.2002 weist Mödlhammer nach einem finanziell „schwierigen Jahr 2002“ auf die „einzigartigen Sorgen“ der Gemeinden für das Jahr 2003 hin, nämlich die „Angst, das Nulldefizit 2003 nicht zu erreichen.“

Ohne Gemeinden gelingt keine nachhaltige Strukturreform auf europäischer und nationaler Ebene: Die beginnenden Regierungskonferenzen werden weit reichende Folgen für die Gemeinden Österreichs mit sich bringen: *„Wir fordern eine verstärkte Einbindung der Kommunen in die staatliche Willensbildung mit dem Ausbau des Artikel 23a ff. B-VG, eine Einbindung der kommunalen Spitzenverbände in die parlamentarische Arbeit und die Ermächtigung, Staatsverträge gemäß Art. 15a-B-VG abzuschließen!“*, richtet der Präsident des Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, zentrale Forderungen an die neu zu bildende Bundesregierung. Auch gelte es, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kernaufgaben bzw. die *„Daseinsvorsorge verfassungsmäßig als Aufgabe der Gemeinden und den bisherigen Anteil der Gemeinden am Ertrag der gemeinschaftlichen Bundesabgaben abzusi-*



chern, da einer weiteren Reduktion der kommunalen Investitionstätigkeit entgegengewirkt werden muss“, so Präsident Mödlhammer.

Mödlhammer: Keine drei Klassen von Gemeinden! - Gerne bereit für neue Aufgaben nur bei entsprechender Abgeltung - „Jetzt ist Schluss - wir können nicht mehr!“

„Damit alle Gemeinden ihre Aufgaben in gleicher Weise erfüllen können, müssen v.a. die kleinen Gemeinden finanziell gestärkt werden. Dies gilt es mit einem aufgabenorientierten Finanzausgleich zu begleichen, der den Gemeinden die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt und eine gesicherte Infrastruktur zu sozial verträglichen Preisen für alle Bürger zum Ziel hat. Erschwernisse bei der Aufgabenerfüllung, etwa durch dünne Besiedelung, gilt es abzugelten!“, betont Mödlhammer. *„Der Ertrag der gemeindeeigenen Abgaben, v.a. Kommunal-, Grund-, Werbe-*

steuer, darf nicht weiter ausge-

höhlt werden!“, appelliert der Gemeindebundpräsident an die zukünftige Bundesregierung und führt aus. Das *„Damoklesschwert Getränkesteuer“* bereitet den Gemeinden auch Sorgen: *„Der Bund wird aufgefordert, mittels einer Garantieerklärung eine Ausfallhaftung für den Fall zu übernehmen, dass durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes eine Rückzahlungsverpflichtung der eingehobenen Getränkeabgabe festgelegt wird!“*, so Mödlhammer.

Platzer ortet Kostenbewusstsein und aktives Finanzmanagement

„Die Gemeinden haben sich in den letzten Jahren recht wacker geschlagen“, befindet Kommunalkredit-Chef Dr. Reinhard Platzer. *„Trotz oder gar wegen des schwierigen Umfeldes - Stichworte Stabilitätspakt, Getränkesteuerausfall und Übernahme zusätzlicher Aufgaben - haben die Gemeinden erhebliche strukturelle Fortschritte ge-*

schafft. Der Druck zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte zeigt deutliche positive Nebenwirkungen“, so Platzer. Diese manifestierten sich in der Maastricht-konformen Haushaltsgestaltung und in der Bereitschaft, sich neuen innovativen Finanzierungslösungen zu öffnen. *„Beides ist mit immensen Vorteilen verbunden. Das nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für den Bund“*, ergänzt Platzer.

Unter Maastricht-konformer Haushaltsgestaltung versteht Platzer die auch mit der Unterstützung der Kommunalkredit durchgeführte Einführung der Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit. Gemeinden bekommen durch diese mehr Informationen über ihre Haushaltsstruktur. Dies erhöht das Kostenbewusstsein und ermöglicht ein Benchmarking mit den Besten. Vor allem brachte die Einführung aber eine Reduktion der Maastricht-Verschuldung der Gemeinden; auch der Bund konnte Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds verkaufen. *„In Summe bedeutet das eine Reduktion der österreichischen Maastricht-Verschuldung von über sieben Mrd. Euro bzw. 3,5 % des BIP, an der die Kommunalkredit direkt bzw. indirekt beteiligt war“*, freut sich Platzer.

2001 stieg der Zinsaufwand der Gemeinden um mehr als zehn Prozent. Platzer wünscht sich daher von den Gemeinden mehr Mut zu innovativen Finanzier-

ungslösungen. Die Möglichkeiten, die Finanzierungskosten aktiv zu senken, hätten sich in den letzten Jahren erheblich erweitert. Platzer nennt hier insbesondere strukturierte Finanzierungen, die bei Umschuldungen eine Zinersparnis von bis 0,50 % erbringen können, oder auch Cross-Border-Leasing-Transaktionen, die vor allem in der Siedlungswasserwirtschaft die Investitionskosten um fünf bis sieben Prozent senken können. Gemeindebundpräsident Mödlhammer bedauert, dass die Gemeinden „unerfreulicherweise dort sparen haben müssen, wo es weh tut - bei den Investitionen“ und dort spüre man jedes „Promillerl“.

„Die Gemeinden müssen sich auch vor Basel II nicht fürchten“, stellt Platzer fest: „Zwar ist die Fortsetzung der bisher geltenden Null-Unterlegung erst für Bund und Länder fixiert, alles weist jedoch darauf hin, dass dies auch für die Gemeinden gelten wird. Gemeindenahe Unternehmen werden übrigens zu den Gewinnern von Basel II zählen. Durch ihre in der Regel hohe Bonität könnten ihre Refinanzierungskosten um bis zu 25 Basispunkte sinken.“

„Gemeinden sind nicht Verwaltungsmistkübel der Nation!“

Bezüglich der Verwaltungsreform

verlangt der Österreichische Gemeindebund „die volle Unterstützung des Bundes bei der Umsetzung von E-Government-Projekten, bei der Einführung eines funktionierenden Gebäude- und Wohnregisters, der vollständigen Digitalisierung Österreichs und der Rationalisierung der statistischen Erhebungen und der pauschalierten Wahlkostenerstattung.“

Gemeindebund und Kommunkredit arbeiten bereits gemeinsam an einem Internetportal für Gemeinden, um möglichst rasch österreichweit E-Government Lösungen anbieten zu können. Basierend auf einer der Donau-Universität Krems diesbezüglich durchgeführte Studie soll „kommunalnet.at“ Mitte 2003 in Betrieb gehen und länderübergreifende Dienste im Bereich E-Government anbieten. Zusätzlich werden dann neben einer Verlinkung zu allen Gemeinden Österreichs sämtliche Informationen für und über alle Gemeinden tagesaktuell zur Verfügung stehen.

Ein konzertiertes Maßnahmenpaket zur Situationsverbesserung und Stärkung des ländlichen Raums wird als eine weitere zentrale Forderung des Österreichischen Gemeindebundes zudem an die Bundesregierung getragen.

Aus dem Verbandsgeschehen

Tennengauer Bezirkskonferenz

Der Bezirkshauptmann HR Dr. Robert Kissela und der Vorsitzende der Bürgermeisterkonferenz, Bgm. OSR Dir. Hans Rauscher eröffneten die Sitzung und begrüßten alle Anwesenden. Neben der Beschlussfassung über die Zusammensetzung des Gestaltungsbeirates, dem sehr guten Sammelergebnis für die Salzburger Landeshilfe 2001/2002, der Vorstellung des Lehrberufs „Verwaltungsassistent/in“ durch Dir. Dr. Johann Brandstätter und der Anregung des Landesarchäologen Dr. Raimund

Kastler zur gemeinsamen Zusammenarbeit mit den Gemeinden standen die finanziellen Unterstützungen der Telefonseelsorge Lungau und der Lebenshilfe Lungau auf der Tagesordnung. Weiters wurde der Verein pro Holz Salzburg vorgestellt sowie auch auf dessen Internetadresse <http://www.holzinformation.at> verwiesen und Robert Sölkner von der Firma PowerGIS stellte die angebotenen Leistungen im kommunalen Bereich vor.

Kollegium Rot-Weiss-Rot

Societas Pro Austria eV



Hauptstr.73, A-9131 Grafenstein
Tel/fax 04225-3117, mobil 0664-551682

Das überparteiliche Kollegium vereint in mehr als 15 Sektionen größtenteils unbekanntes Archivmaterial und historische Raritäten österr. Sammler und Historiker und hat gemeinsam mit italien. Verbänden das „Alpe-Adria-Friedenswerk“ begründet. Neben sozialpolitischen Aufgaben übernimmt das Kollegium mit seinem eigenen Forschungs- und Dokumentationsarchiv (Sektionen) sowohl Projektierung als auch Durchführung von histor. Ausstellungen und Multi-Media-

Shows im Auftrag österreichischer Gemeinden (mehr als 3.000 historisch Interessierte besuchten die Ausstellung „Kärnten im Krieg 1915-18“ auf 600m² Ausstellungsfläche im Sommer 2002 in Gurk). Die Themen reichen von Siedlungsgeschichte, Entwicklung von Eisenbahn, Luftfahrtgeschichte und Kraffahrtwesen über alle militärischen Ereignisse und Zeitabschnitte bis hin zur Republikwerdung Österreichs.

Im „Kollegium Rot-Weiss-Rot“ finden Sie einen professionellen Partner für kostengünstige Ausstellungen. Kontakt erbeten an:

DDr.Filley
tel/fax 04225-3117,
0664-5516862,
office@gymtak.at



Unbedingt NEUHEITEN-KATALOG anfordern!

Sonnleithner-Mannus
A-4460 Laussa 25
Tel. 0 72 55/73 11
Telefax 0 72 55/73 11-6
E-mail: office@sonnleithner.at
www.sonnleithner.at

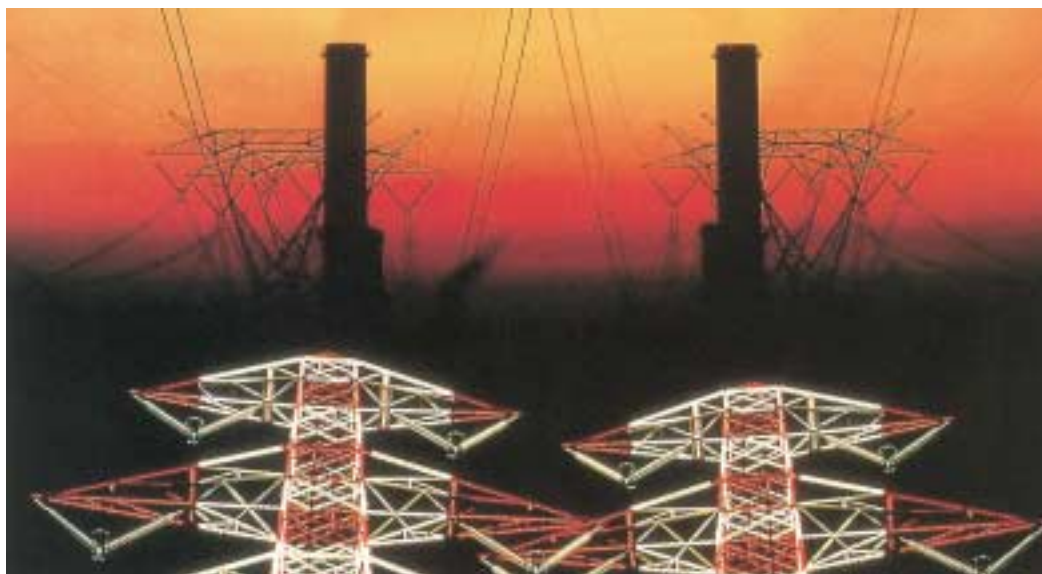
Energieabgabenvergütung und Umsatzsteuer - wichtige Hinweise für Gemeinden

Energieabgabe:

Frist 31.12.2002

Nach dem neu gefassten § 2 Abs 1 Energieabgabenvergütungsgesetz besteht ein Anspruch auf Vergütung der Energieabgaben auf Erdgas und elektrische Energie für alle Betriebe, soweit sie nicht Erdgas und elektrische Energie liefern oder Wärme (Dampf oder Warmwasser) liefern, die aus Erdgas oder elektrischer Energie erzeugt wurde. Kein Anspruch auf Vergütung besteht insoweit das Erdgas oder die elektrische Energie für die Erzeugung von Wärme, Dampf oder Warmwasser verwendet wird, ausgenommen unmittelbar für betriebliche Zwecke.

Gemeinden, die nicht bisher schon die Energieabgabenvergütung für ihre „Produktionsbetriebe“ (nach Ansicht der Finanzverwaltung sind dies auch Kläranlagen und Wasseraufbereitungsanlagen) für den Zeitraum 1.6.1996 bis 31.12.2001 geltend gemacht haben, sollten dies mit dem Formular **„ENAV 1“** unbedingt beantragen. Dieses Formular steht auf der Homepage des BMF unter www.bmf.gv.at/service/formulare/steuern/detail.htm?FTYP=stg als Download-Version zur Verfügung. Für andere als „Produktionsbetriebe“ ist eine Vergütung von Energieabgaben für den Zeitraum 1.6.1996 bis 31.12.2001 nach derzeitiger Rechtslage nicht möglich. Ein Antrag zur Vergütung der Energieabgaben für das Kalenderjahr 1997 ist bis spätestens 31.12.2002 zu stellen! Ansonsten



kann der Antrag auf Vergütung der Energieabgaben unter Anschluss der entsprechenden Unterlagen bei dem für die Erhebung der Umsatzsteuer zuständigen Finanzamt innerhalb von 5 Jahren ab Vorliegen der Voraussetzungen für die Vergütung gestellt werden.

Umsatzsteuer – Neue Bestimmungen für Rechnungslegung ab 1.1.2003

Im 2. Abgabenrechtsänderungsgesetz 2002 (BGBl I 132/ 2002) sind unter anderem die gemeinschaftsrechtlich notwendigen Anpassungen in Zusammenhang mit der Ausstellung von Rechnungen in die österreichische Rechtsordnung übernommen worden. Neben zahlreichen weiteren Änderungen wurden die Bestimmungen über die Form und Inhalt von Rechnungen geändert. § 11 Abs. 1 UstG sieht in den Zif. 1 bis 6 folgende Angaben verpflichtend vor:

- Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmers
- Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung
- Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung
- Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung oder den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt. Bei Lieferungen oder sonstigen Leistungen, die abschnittsweise abgerechnet werden (Bsp. Lebensmittel) genügt die Angabe des Abrechnungszeitraumes, soweit dieser den Kalendermonat nicht übersteigt
- das Entgelt für die Lieferung oder sonstige Leistung (§ 4) und den anzuwendenden Steuersatz, im Falle einer Steuerbefreiung einen Hin-

weis, dass für diese Lieferung oder Leistung eine Steuerbefreiung gilt

- den auf das Entgelt entfallenden Steuerbetrag

Weiters hat die Rechnung das Ausstellungsdatum, eine fortlaufende Nummer mit einer oder mehreren Zahlenreihen, die zur Identifizierung der Rechnung einmalig vergeben wird und die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Finanzamtes zu enthalten. Die Änderungen des § 11 Abs 1 UstG sind auf Umsätze oder sonstige Sachverhalte anzuwenden, die nach dem 31.12.2002 ausgeführt werden bzw. sich ereignen. Es ist daher ab 1.1.2003 unbedingt darauf zu achten, dass die Rechnungen alle Angaben enthalten, die das UstG verlangt (nicht zuletzt deshalb, da ein Vorsteuerabzug nur vorgenommen werden kann, wenn eine Rechnung vorliegt, die alle geforderten Merkmale des UstG enthält).

Das Beispiel einer zentralen Serverlösung in der Tiroler Gemeinde Langkampfen zeigt, wie modernes Bürgerservice wirkungsvoll optimiert werden kann

KufGem-EDV hilft in der Gemeindeverwaltung Zeit und Geld sparen

Moderne Gemeinden sind mit Dienstleistungsunternehmen der Privatwirtschaft zu vergleichen. Nur wenn sie auch in EDV-technischer Hinsicht am aktuellen Stand der Technik arbeiten, können sie den Menschen ihres Ortes bieten, was diese fordern: rasches, zuverlässiges Bürgerservice. Ein "Verschlafen" wichtiger Trends ist immer mit Mehrkosten und fehlender Akzeptanz seitens des Bürgers verbunden.

Die Gemeinde Langkampfen im Tiroler Unterland kann in diesem Bereich eine gewisse Vorbildrolle für sich beanspruchen. Gemeinsam mit der KufGem-EDV, seit Jahren einer der größten Softwarelieferanten für Gemeinden und Unternehmen der öffentlichen wie privaten Hand, wurde die EDV der Gemeindeverwaltung von Grund auf optimiert.

"Wir müssen uns vom klassischen Client/Server-Betrieb der letzten Jahre verabschieden, weil er im Laufe der Zeit mit zu großem administrativen Aufwand und zu vielen Fehlerquellen verbunden ist!", weiß Andreas Mayer, Cheftechniker des High-Tech-Unternehmens KufGem-EDV mit Sitz in Kufstein und Innsbruck. "Unser zentraler Ansatz bei allen Neuinstallationen heißt: Nicht alle Anwendungen am Arbeitsplatz installieren, sondern nur zentral am Server. Auf diese Weise können alle Bediensteten auf dieselben Programme und Daten zugreifen, wodurch unterschiedlichen Programmständen und Betriebsversionen, nichtgesicherten Dateien usw. wirksam vorgebeugt werden kann!" Auch das Updaten von bestehenden Programmen bzw. die rasche Installation von neuen Applikationen gehört zu den Vorteilen einer solchen Lösung.



Die alten PCs werden noch einige Zeit im Einsatz sein: Josef Lentner (r), Amtsleiter in der Gemeinde Langkampfen, spricht von einer deutlichen Entlastung des Gemeindebudgets.

Manfred Bellinger, Verkaufsleiter bei KufGem: "Das Beispiel Langkampfen zeigt eindrucksvoll, wie der Alltag in Gemeinden vereinfacht und zugleich Geld gespart werden kann!" Ein Standpunkt, den Josef Lentner, Amtsleiter der Gemeinde Langkampfen, heute mit Punkt und Beistrich unterstützt. Kleinere bis größere EDV-Probleme (falsche Verknüpfungen, unerklärliche Serverabstürze, ...) haben zuvor den täglichen Betrieb erschwert. Im Mai dieses Jahres hat die KufGem für die Gemeinde Langkampfen nach einer umfassenden Analyse ein individuell maßgeschneidertes Konzept erstellt. Nach der Zustimmung des Gemeinderates wurde die neue Serverlösung von den KufGem-Spezialisten noch im September vor Ort installiert. Seither läuft die Anlage zur größten Zufriedenheit aller Mitarbeiter reibungslos und ohne störende Zwischenfälle.

Denn nur wenn Gemeindebedienstete nicht über Gebühr administrativen DV-Aufgaben nachkommen und sich mit fehlerhaften PCs herumschlagen müssen, haben sie Zeit für den Bürger. Problemlos können bei solchen Serverlösungen auch alle Außenstellen einer Gemeinde angebunden werden – etwa der Kindergarten, die Schulen, der Bauhof usw.

Kufgem-EDV ist einer der wenigen Know-How Träger im Westen Österreichs, die Serversysteme wie "Microsoft Terminal-Server" oder "Citrix MetaFrame" in ihrer Komplexität anbieten kann. Übrigens: Durch diese neue Server-Technologie ist eine Weiterverwendung von "in die Jahre gekommenen" PCs möglich, was wiederum zu Kosteneinsparungen führt.

Informationen:

KufGem-EDV GmbH
Fischergries 2
6330 Kufstein
Tel.Nr. +43 5372 6902
Fax.Nr. +43 5372 6902 677
Internet Mail: info@kufgem.at
Homepage: http://www.kufgem.at

Geschäftsstelle Innsbruck:
Eduard-Bodemgasse 1/1
6020 Innsbruck

Tel.Nr. +43 512 342825
Fax.Nr. +43 512 342825 676

Vorstandssitzung des Salzburger Gemeindeverbandes am 16.10.2002

Schwerpunkte: Kommunalsteuer,
Bedienstetenschutz und Gemeindeordnung

Unter der Vorsitzführung von Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer setzte sich der Vorstand des Salzburger Gemeindeverbandes in seiner Sitzung am 16.10.2002 mit zahlreichen aktuellen kommunalpolitischen Schwerpunkten auseinander.

Kommunalsteuer

Zunächst wurde darüber informiert, dass ab 1.1.2003 die lohnabhängigen Abgaben (Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag und Kommunalsteuer) von einem Prüfer entweder der Sozialversicherung oder der Finanzverwaltung geprüft werden. Um die Prüftätigkeit zu organisieren, wird je Bundesland ein Lenkungsausschuss eingerichtet, der aus je einem Vertreter der Finanz, der Sozialversicherung sowie des Gemeindebundes und Städtebundes besteht. Aufgabe dieses Lenkungsausschusses ist, die Prüfungspläne zu erstellen und abzustimmen. Ausserhalb dieser Prüfungen wird es weiterhin möglich sein, eine sog. „Nachschau“ durchzuführen, die aber im wesentlichen nur Prüfungslücken in einem Übergangszeitraum von 2 bis 3 Jahren abdecken wird.

Bedienstetenschutzgesetz

Präsident Mödlhammer berichtete weiters, dass seitens des Salzburger Gemeindeverbandes mehrere Anregungen zur Umsetzung des Bedienstetenschutzgesetzes aufgegriffen

wurden. Das Gesetz sieht mehrere Verpflichtungen für die Dienstgeber vor. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das Gesetz für alle Bediensteten der Gemeinde, ausgenommen Bedienstete in Betrieben gilt. Der Arbeitsmedizinische Dienst Salzburg (AMD) hat ein Angebot erstellt, welches zwei Varianten betr. Präventionsdienste enthält (insb. für Arbeitsstätten bis zu 50 Dienstnehmern wird eine präventive Begehung analog der



einschlägigen Bestimmungen des ASchG angeboten). Über den Salzburger Gemeindeverband kann auch unabhängig vom Angebot des AMD zusätzlich eine seitens der AUVA zur Verfügung gestellte Liste von im Bundesland Salzburg tätigen Arbeitsmedizinern und Sicherheitsfachkräften übermittelt werden. Weiters soll gemeinsam mit der AUVA

Salzburg am 15.1.2003 und am 22.1.2003 eine Informationsveranstaltung angeboten werden. Gemeinsam mit der AUVA werden ab Februar 2003 jeweils zweitägige Schulungsveranstaltungen für Kontrollorgane iS des § 54 Bedienstetenschutzgesetzes angeboten.

Gemeindeordnung

Der Entwurf einer Novelle zur Salzburger Gemeindeordnung

vernehmlichen Ergebnisse erzielt werden. Der Entwurf sieht derzeit zahlreiche Erleichterungen im Bereich der Geschäftsordnung (insbesondere für Niederschriften, Einladungen, etc.) vor. Zukünftig sollen auch die Sitzungseinladungen über E-mail verschickt werden können. Weitere Erleichterungen bestehen für die Beschlussfassung (Umlaufbeschlüsse für die Sitzungen der Gemeindevorstellung), der Ergänzung der Tagesordnung am Sitzungstag durch den Bürgermeister, sowie die Erweiterung der Kompetenzen der Gemeindevorstellung. In der Gemeindevorstellung sollen zukünftig alle Berufungen, aber im wesentlichen auch die meisten personalrechtlichen Angelegenheiten entschieden werden können. Weiters positiv zu vermerken ist die Vereinheitlichung der Vergabekompetenzen des Bürgermeisters.

Abzulehnen ist aber aus der Sicht des Salzburger Gemeindeverbandes derzeit die Neufassung der Genehmigungsvorbehalte sowie das Fehlen mehrerer Verbesserungsvorschläge, die im Zuge der Vorberatungen eingebracht wurden. In der Diskussion zur Gemeindeordnungsnovelle wird im Besonderen darauf hingewiesen, dass die im Entwurf vorgesehenen Regelungen betreffend aufsichtsbehördliche Genehmigungsvorbehalte viel zu weitgehend sind. Dies insbesondere auch im Hinblick auf die Aufnahme von Bewilligungsvorbehalten für Kassenkredite, die

1994 ins Begutachtungsverfahren gegangen ist. Es handelt sich dabei um die umfassendste Novelle seit der grundlegenden Reformen im Jahr 1994. In einer politischen Runde unter der Leitung von Landeshauptmann-Stellvertreterin Burgstaller wurde in weiten Bereichen Konsens erzielt. Allerdings konnten in einzelnen Punkten keine ein-

gerade für Spitalsgemeinden sehr problematisch sind.

Weitere Themen Handels-grossbetriebe, Strassenrecht, Gemeindeorganebezüge, Abfertigung neu, Gemeindefinanzen, EU-Osterweiterung

Der Bericht von Präsident Mödlhammer umfasste praktisch alle derzeit aktuellen kommunalen Themenbereiche. Über neue Wege bei der Bewilligung von Handelsgrossbetrieben wurde ebenso berichtet wie die Probleme der Gemeinden mit dem ländliche Wegenetz. Seitens des Salzburger Gemeindeverbandes wurde in einem Schreiben an den Landeshauptmann und an die Landeshauptmann-Stellvertreterin angeregt, in gleicher Weise wie in Oberösterreich einen Verzicht auf Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen

zu ermöglichen. Ohne in die grundsätzlich richtige Unverzichtbarkeit auf Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder einzugreifen, sollte dann ein Verzicht oder teilweiser Verzicht möglich sein, wenn der betroffenen Person ein unwiederbringlicher finanzieller Nachteil entsteht.

Voraussichtlich per 1. Jänner 2003 wird die „Abfertigung neu“ für Gemeindebedienstete in das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz aufgenommen. Die Gesetzesvorlage liegt bereits vor und wird vom Salzburger Landtag voraussichtlich im Dezember beschlossen werden.

Zur weiteren Entwicklung der Gemeindefinanzen berichtet Präsident Mödlhammer, dass nach dem ausgesprochen positiven Jahr 2001 und tw. auch 2002 im Jahr 2003 mit praktisch keinen Ertragsanteilzuwächsen zu rechnen ist. Insgesamt wird der

Zuwachs der EA 2003 nicht über 0,5 % liegen. Im Rahmen des Salzburger Gemeindetages wird Univ.-Prof. Dr. Lehner einen Ausblick nicht nur über die konjunkturelle Entwicklung, sondern auch über jene der Ertragsanteile im Besonderen gegeben.

Präsident Mödlhammer gab anlässlich der Vorstandssitzung auch einen kurzen Bericht über die laufenden europapolitischen Problemstellungen, insbesondere im Zusammenhang mit der geplanten EU-Osterweiterung. Der Österreichische Gemeindetag in Niederösterreich 2003 wird sich schwerpunktmässig mit dem Thema der EU-Osterweiterung auseinandersetzen. Die Erweiterung der Union auf die neuen Mitgliedsstaaten wird vor allem für Österreichs Exportwirtschaft besondere Konsequenzen mit sich bringen. Diese entwickelt sich derzeit positiv (2003 + 5-6%), insbesondere

auch deshalb, da es vermehrt gelungen ist, die Exportströme vom schwächelnden Konjunkturmarkt Deutschland in die Wachstumsmärkte in Osteuropa umzuleiten.

IMPRESSUM

**Die Salzburger Gemeinde
Nr. 3, Okt. 2002**

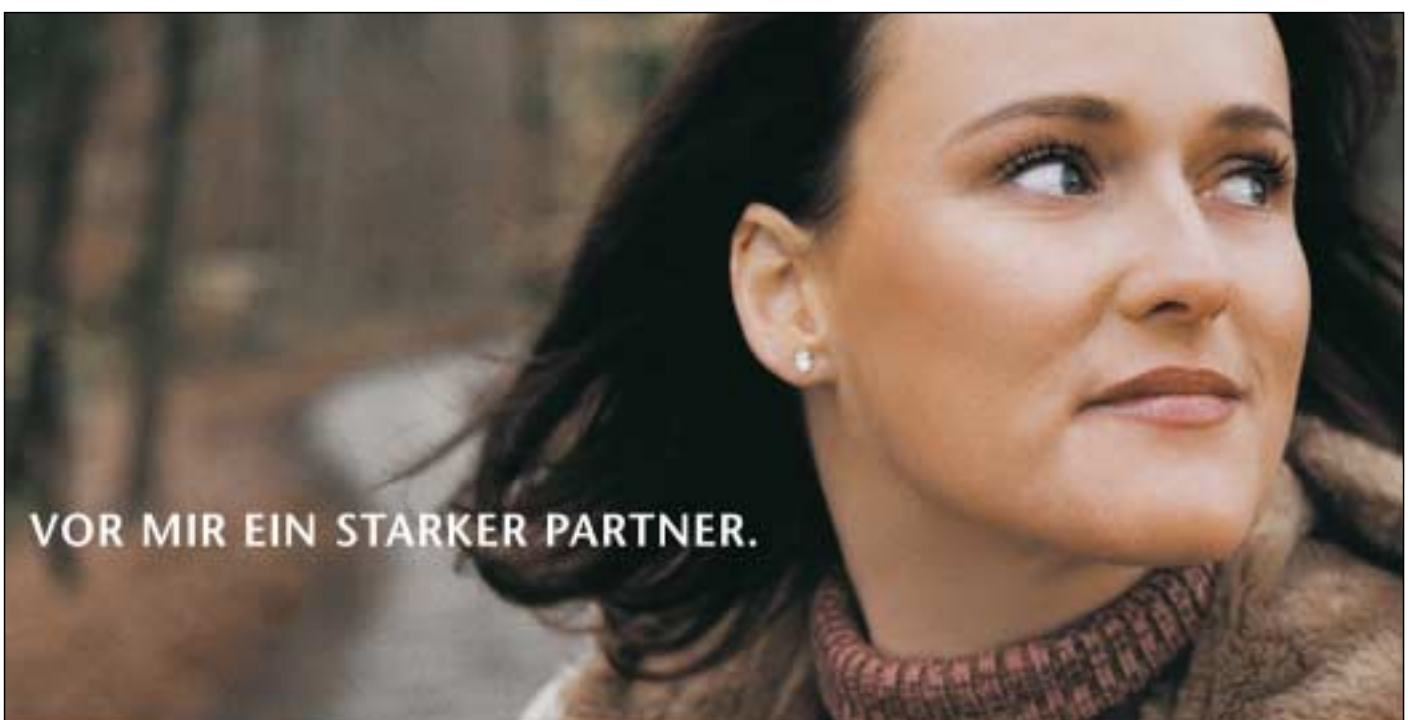
Redaktion: Dir. Dr. Franz Hocker,
Dr. Martin Huber

Medieninhaber und Herausgeber:
Salzburger Gemeindeverband,
Alpenstraße 47, 5020 Salzburg

Anzeigenverwaltung:
Industrie Team Werbeges.m.b.H.,
Merianstraße 13, 5020 Salzburg

Gesamtherstellung:
Die Druckerei Christian Schönleitner,
Markt 86, 5431 Kuchl

Erscheinungsort Salzburg,
Verlagspostamt 5020 Salzburg, P.b.b.



VOR MIR EIN STARKER PARTNER.

Informations-Seminar

Salzburger WÄRMESCHUTZ - Verordnung



Veranstaltungsort: Lehrbauhof Salzburg, Moosstrasse 197

Termin: 30. Jänner 2003 / 14.00 – 17.00Uhr

Seminarinhalt:

- ⇒ *neue* KENNGRÖSSEN
- ⇒ *neue* ANFORDERUNGEN
- ⇒ *neue* NACHWEISVERFAHREN

Themen:

- 2 allgemeine Einführung / Wärmeschutz - Anforderungen
- 2 Grundlagen LEK – Konzept / Berechnung (ÖNORM B 8110-1)
- 2 thermischer Leitwert / Wärmebrücken
- 2 praktisches Fallbeispiel
- 2 Info zum Energieausweis für Gebäude (ÖNORM H 5055)

Referenten: Ing. Jürgen Felbinger (bvfs)
Ing. Helmut Roider (bvfs)

Präsentation: Power-Point / Overhead
Manuskript

Teilnahmebeitrag: je Teilnehmer € 69,- + 20% MWSt.

Anmeldung per Fax (0662 621 758 199) oder E-mail (abt.umwelt.@bvfs.at)

Bitte folgende Daten angeben:

Name, Gemeinde, Funktion, Rechnungsanschrift, Fax/E-mail

Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Einlangens berücksichtigt.

Im Falle einer Absage werden Sie schriftlich (per E- Mail) verständigt.

Wir ersuchen Sie, den Teilnahmebeitrag nach Erhalt der Rechnung (bis spätestens 20.1.2003) zu überweisen.

Rücktritt:

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir nur schriftliche Stornierungen anerkennen können. Bei Rücktritt innerhalb von 5 Arbeitstagen vor der Veranstaltung müssen wir 25% des Teilnahmebeitrags verrechnen. Bei Rücktritt am Veranstaltungstag sowie bei Nicht-Erscheinen wird der gesamte Teilnahmebeitrag verrechnet. Wir akzeptieren gerne – ohne Zusatzkosten – einen Ersatzteilnehmer.

Für fachliche Informationen zu diesem Seminar stehen Ihnen zur Verfügung:

- Ing. Jürgen Felbinger (Leiter der Abteilung Bauphysik & Umweltschutz)
- Ing. Helmut Roider (Laborleiter Bauphysik)

(0662 621 758-0 oder felbinger@bvfs.at bzw. roider@bvfs.at; Internet: www.bvfs.at)

Bundesvergabegesetz 2002

Veranstaltung des Auftragnehmerkataster Österreich

Am 21. November 2002 hat der Auftragnehmerkataster Österreich zu einer Veranstaltung zum Bundesvergabegesetz 2002 eingeladen. Der Auftragnehmerkataster Österreich (ANKÖ) wurde in seiner heute bestehenden Form im März 2000 ins Leben gerufen und soll ein geeignetes Qualifizierungssystem zur Beurteilung der Eignung von Firmen im klassischen Bereich des Vergabewesens zur Unterstützung der Auftraggeber wie auch der Unternehmer im Vergabeverfahren sicherstellen.

Im Auftragnehmerkataster Österreich sind nicht nur mehrere Bundesländer, sondern auch der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund, mehrere Bundesministerien und zahlreiche ausgegliederte Rechtsträger Mitglieder. Neben den zahlreichen Dienstleistungen, die über den ANKÖ für die Teilnehmer abrufbar sind, können für den öffentlichen Auftragnehmer insbesondere im Zusammenhang mit der Führung eines Nachweises zur Eignungsprüfung gemäß Bundesvergabegesetz besondere Vorteile erzielt werden.

Nähere Informationen über das Dienstleistungsangebot des ANKÖ und die Mitgliedschaft der einzelnen Gemeinde sind unter www.ankoe.at abrufbar.

Neben der Darstellung des Auftragnehmerkatasters Österreich wurde durch RA Dr. Casati ein praxisnaher Einblick in die, durch das Bundesvergabegesetz 2002 ausgelösten Änderungen gegeben. Neben einem Überblick über den Anwendungsbereich und die

Grundsätze des Vergaberechts wurden die einzelnen Vergabeverfahren ebenso dargestellt wie das Verfahren bis hin zur Anbotseröffnung und Zuschlagserteilung. Wieder einmal auf deutliche Kritik sind die außergewöhnlich unübersichtlichen Regelungen betreffend Präklusionsfristen sowohl im Unterschwellenbereich als auch im Oberschwellenbereich gestoßen. Obwohl sich hier der Landesgesetzgeber an die entsprechenden Regelungen des Bundesvergabegesetzes angelehnt hat, sind diese Bestimmungen im Salzburger Vergabekontrollgesetz durchwegs als klassische „Denksportaufgabe“ – mit möglicherweise durchaus ernststen Auswirkungen – zu verstehen.

Obwohl (nicht zuletzt im Hinblick auf die unlängst stattgefundenen Nationalratswahlen und die zahlreich stattfindenden Informationsveranstaltungen zum Bundesvergabegesetz 2002) der Veranstaltung nur verhältnismäßig wenige Teilnehmer beigewohnt haben, durfte sie sich zweifelsfrei zu einer der gewinnbringendsten auf diesem Gebiet zählen.

Keine Akteneinsicht - VwGH gibt Salzburger Gemeinde recht

In einem durchaus bemerkenswerten Erkenntnis von Ende September 2002 hat der VwGH die Rechtsauffassung einer Salzburger Gemeinde bestätigt, die dem Beschwerdeführer die Einsichtnahme in Akten des Überprüfungsausschusses verweigert hat.

Der Beschwerdeführer begründete sein Begehren mit den Regelungen des Auskunftspflichtgesetzes, die Gemeinde argumentierte dagegen, dass nach § 31 Abs 5 der Salzburger Gemeindeordnung 1994 die Gemeindeglieder nur in Niederschriften über öffentliche Sitzungen Einsicht nehmen können. Nach § 54 Abs 1 lit e leg. zit. sind die Sitzungen des Überprüfungsausschusses nicht öffentlich, eine Einsichtnahme durch Gemeindeglieder daher unzulässig.

Die Landesregierung hat die gegen den abweisenden Bescheid der Gemeinde erhobene Vorstellung abgewiesen, diese Entscheidung wurde nunmehr durch den Verwaltungsgerichtshof bestätigt. Der VwGH hat in diesem Zusammenhang die erläuterte Regierungsvorlage 41 Beilagennummer 17 GP3 zu § 1 des die Auskunftspflicht der Verwaltung des Bundes regelnden Auskunftspflichtgesetzes herangezogen „... Auskünfte

haben Wissenserklärunngen zum Gegenstand, wobei ihr Gegenstand ausschließlich solche Informationen sind, die zum Zeitpunkt der Anfrage der Verwaltung bereits bekannt sind und nicht erst von der ersuchten Verwaltungseinheit zum Zweck der Erfüllung der Auskunftspflicht beschafft werden müssen.

Auskunftserteilung bedeutet auch nicht eine Gewährung der im AVG 1950 geregelten Akteneinsicht, sondern die Weitergabe von Informationen über einen Akteninhalt, der in aller Regel nicht jene Detailliertheit an Informationen aufweisen wird, die bei der Einsicht in die Akten zu gewinnen wäre.“

Nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ist die Auskunftspflicht nach dem Auskunftspflichtgesetz daher nicht geeignet, eine Akteneinsicht durchzusetzen (vgl. auch die Erkenntnisse vom 5.6.1991, Zl.: 91/01/004 sowie vom 22.2.1991, Zl.: 90/12/0214. Auch durch das Salzburger Auskunftspflicht-Ausführungsgesetz wurde kein Anspruch auf Akteneinsicht eingeräumt, weshalb die Beschwerde gemäß § 42 Abs 1 VwGG unbegründet abgewiesen wurde.



20 Jahre Fa. E. Wind

Handel und Service

5020 Salzburg – Morzg

Morzgerstraße 77a

Tel. 0662 / 82 20 39

Fax 0662 / 82 20 39-5

HONDA
POWER PRODUCTS



Rasenmäher
Schneefräsen
Generatoren
Rasentraktore
Hochdruckreiniger
Motorsensen
Heckenscheren
Motorsägen
Vertikutierer
Häckler
Kehmaschinen
Laubsauger
Motorhacken

Nationalratswahl 2002

Detailergebnisse und Wählerstromanalyse des Landesstatistischen Dienstes

Das Landesergebnis

(ohne Wahlkarten)

Die ÖVP ist wieder - und zwar mit deutlichem Abstand - stimmstärkste Partei auch bei Nationalratswahlen und die FPÖ, der Sieger der Nationalratswahl 1999, ist in Folge der erdrutschartigen Verluste auf den dritten Platz zurückgefallen. Aber auch die SPÖ und die Grünen konnten zulegen. Die Grünen erzielten damit ihr bisher bestes Landesergebnis bei Nationalratswahlen.

Der ÖVP haben 132.165 Wähler/innen das Vertrauen ausgesprochen, was einem Stimmanteil von 46,6 Prozent und damit fast der Hälfte der gültigen Stimmen gleichkommt. Sie konnte um 55.204 Wähler/innen mehr als 1999 von ihrer Politik überzeugen und damit ihren Stimmanteil um sensationelle 18,8 Prozentpunkte (PP) ausbauen. Die ÖVP wurde damit auch bei Nationalratswahlen wieder zur stärksten politischen Kraft im Land Salzburg.

Auf die SPÖ entfielen in Salzburg 88.641 Stimmen, was einem Anteil von 31,3 Prozent der gültigen Stimmen entspricht. Damit konnte die Sozialdemokratische Partei um 8.594 Wählerinnen und Wähler mehr als 1999 für sich gewinnen und eine anteilige Zunahme von 2,3 PP verbuchen. Für die FPÖ bedeutete der Wahlausgang schlicht ein Desaster. Mit nur noch 30.991 Wählerinnen und Wählern, die ihnen die „Treue bewahrten“ und einem Anteil von 10,9 fielen die Freiheitlichen auf den dritten Platz im Land zurück, mit deut-

lichem Abstand zur zweitplatzierten Partei, der SPÖ. Das bedeutet gegenüber 1999 einen Verlust von 50.157 Wählerstimmen und anteilmäßig ein Minus von 18,4 PP.

Die Grünen erzielten bei 27.462 Stimmen mit einem Stimmanteil von 9,7 Prozent ihr bestes Ergebnis seit ihrem erstmaligen Antreten bei einer Nationalratswahl im Jahr 1983. Ein vergleichbar hoher Zuwachs wie von den Nationalratswahlen 1995 auf 1999 blieb ihnen aber versagt: ihr Stimmanteil stieg von 1999 auf 2002 nämlich nur mehr um vergleichsweise bescheidene 1,3 Prozentpunkte.

Das LIF setzte seine Talfahrt, die ja - zumindest gemessen an den Stimmanteilen - bereits mit der zweiten (eigenständigen) Kandidatur im Jahr 1995 begonnen hatte, sozusagen nahtlos fort: Ein Rückgang der (wahlberechtigten und -willigen) Anhänger des Liberalen Forums auf beinahe ein Viertel der Wähler aus 1999 erbrachte nur noch 2.981 Stimmen; das entspricht einem Anteil von 1,1 Prozent aller gültigen Stimmen und einen Anteilsschwund um 2,8 Prozentpunkte.

Die KPÖ schließlich blieb mit 1.210 Wählerstimmen wie schon seit rund 20 Jahren in Salzburg unter einem Stimmanteil von einem halben Prozent (0,4 Prozent).

Höhere Wahlbeteiligung als 1999

288.248 Salzburger/innen machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, was einer Wahlbeteiligung von 79,7 Prozent ent-



spricht. Die Wahlbeteiligung war damit höher als bei der Nationalratswahl 1999 mit 79,0 Prozent.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Einbeziehung der Wahl-

kartenwählerstimmen (fremder Wahlkreise bzw. aus dem Ausland) zu einem weiteren Anstieg um voraussichtlich rund fünf Prozent führen wird.

Der Anteil der ungültigen Stimmen war mit 1,7 Prozent der abgegebenen Stimmen nahezu gleich hoch wie 1999 mit 1,6 Prozent.

Das Salzburger Ergebnis im Vergleich zum Österreich-Ergebnis

Sowohl gemessen am Stimmanteil als auch bezogen auf den Stimmanteilsgewinn schnitt die ÖVP in Salzburg deutlich besser



-EPCV-

Elektro-Proportional-Steuergerät





NEU!



➤ Jede Frontladerfunktion über Grafikdisplay programmierbar!

➤ Steuern Sie Ihren Frontlader mit der neuesten Technologie!

➤ **einfach!**

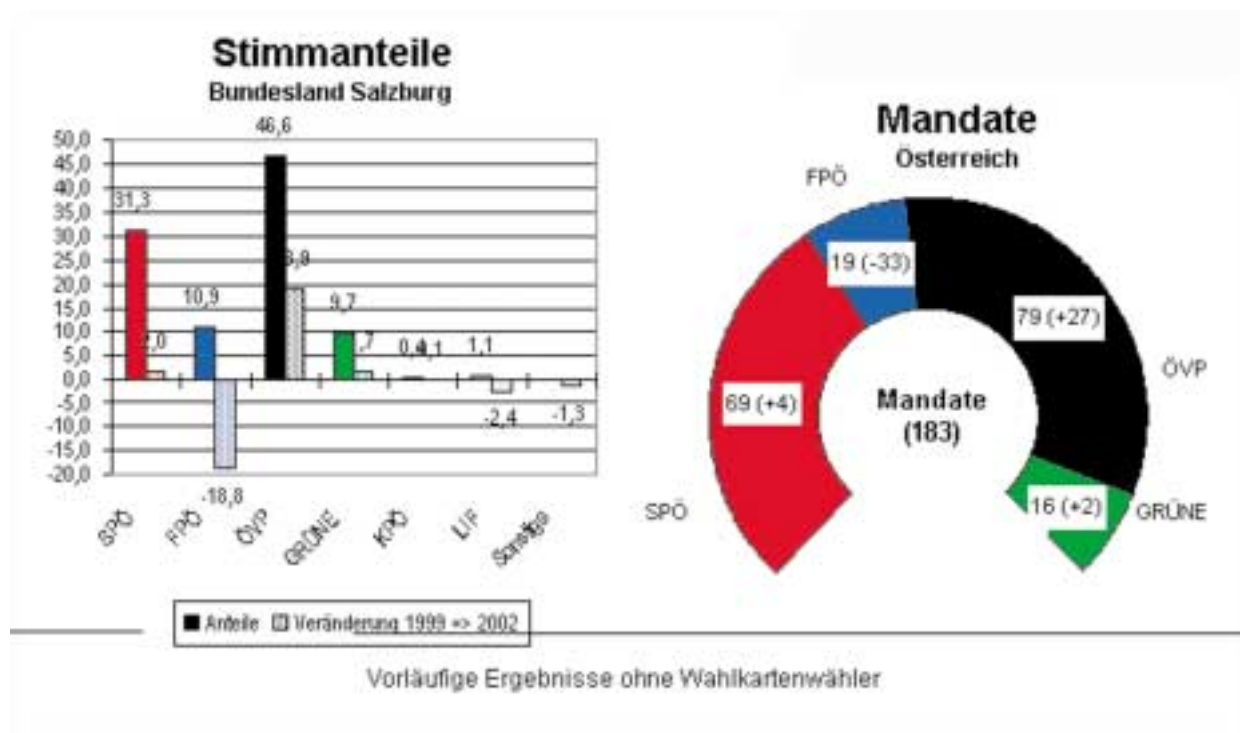
➤ **präzise!**

➤ **rationell!**

Franz Hauer GmbH&CoKG
A-3125 Statzendorf 67 • Tel. 02786/71 04-0
Fax-DW 15 • info@hfl.co.at • www.hfl.co.at



Unsere Technik für Ihren Erfolg!



ab als auf Bundesebene, während die SPÖ sowohl hinsichtlich Stimmanteil als auch Stimmanteilsdifferenz, d.h. Zugewinn, in Salzburg ein schlechteres Ergebnis erzielt hat als auf Österreichebene.

Der Stimmanteil der FPÖ fiel in Salzburg geringfügig höher, der Stimmanteilsverlust etwa gleich hoch aus.

Für die Grünen gilt, dass sie in Salzburg einen etwas höheren Stimmanteil, aber einen geringeren Zugewinn als auf Österreichebene verbuchen konnten bzw. mussten.

Die Ergebnisse auf Gemeindeebene

Die Gemeindeergebnisse wurden vom Leiter des Landesstatistischen Dienstes, Mag. Josef Raos, nach zwei Gesichtspunkten analysiert: Zum einen wurden die durchschnittlichen Stimmanteile und Stimmanteilsdifferenzen für Aggregate aus Gemeinden, die nach unterschiedlichen Kriterien gebildet wurden, betrachtet, und zum anderen wurden

die Gemeindeergebnisse direkt interpretiert. Diese umfangreiche Analyse ist im Internet unter www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/nrw/frameset_gem.htm abzurufen.

Wählerstromanalyse

Vom Landesstatistischen Dienst unter der Leitung von Mag. Josef Raos wurde eine erste Analyse der Wählerströme vorgelegt. Nachgegangen wird darin Fragen wie „Wer hat von wem Stimmen gewonnen, wer hat an wen Stimmen verloren?“ Oder mit anderen Worten: „Was ist aus den Wählern des Jahres 1999 geworden und wie setzt sich das Wählerpotenzial 2002 zusammen?“ Diese Wählerstromanalyse sowie umfangreiche Detailinformationen über die Nationalratswahl 2002 sind im Internet unter www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen abzurufen.

Die ÖVP, der große Sieger der Nationalratswahl 2002, profitierte vor allem von erheblichen Zugewinnen aus dem FPÖ-Lager.

Rund 28.000 Salzburger/innen, die 1999 die FPÖ gewählt haben, gaben nunmehr der ÖVP ihre Stimme.

Zugewinne gab es auch aus dem Bereich der GRÜN- und LIF-Wähler von 1999 sowie ein wenig auch aus dem Bereich der Wähler der nicht etablierten Parteien. Stimmanteilsverluste, bei diesem Ergebnis nicht weiter verwunderlich, sind nicht nachweisbar. Die ÖVP konnte jedoch auch in hohem Maße Jungwähler (und Zugezogene) für sich gewinnen. Rund 18.000 Salzburger/innen, die erstmals bei einer Nationalratswahl wahlberechtigt waren oder zwischenzeitlich zugezogen sind, gaben der ÖVP ihre Stimme.

Die Stimmengewinne der SPÖ sind im Wesentlichen auf Zugewinne von der FPÖ, auf Stimmen aus dem Potenzial der Jungwähler (und Zugezogenen) sowie in geringem Maß auf Nichtwähler von 1999 zurückzuführen.

Die FPÖ verlor ihre Wähler des Jahres 1999 in erster Linie an die

ÖVP, und in deutlich geringerem Maß an die SPÖ. Rund 28.000 Wähler/innen wanderten zur ÖVP ab, fast 6.000 zur SPÖ.

Ein erheblicher Teil der Wähler, die 1999 der FPÖ ihre Stimme gaben, gingen diesmal nicht zur Wahl (ca. 11.000); weitere rund 2.000 sind zwischenzeitlich verstorben oder in eine andere Gemeinde verzogen.

Die Grünen erhielten von ca. 4.000 ehemaligen LIF-Wählern ihre Stimme, konnten ca. 4.000 Nicht-Wähler aus 1999 ansprechen und aus dem Kreis der Jungwähler und Zugezogenen ca. 2.000 für sich gewinnen.

Mag. Josef Raos verwies abschließend darauf, dass diesen Ergebnissen keine Wählerbefragung zu Grunde liegt, sondern dass sie unmittelbar aus den Ergebnissen auf Wahlsprengelenebene für die Nationalratswahlen 2002 und 1999 herausgerechnet wurden.

Qualität im Baumanagement gefragt

Salzburg Wohnbau gibt Kostengarantie im Kommunalbau



Die Salzburg Wohnbau zählt mit einem aktuellen Bauvolumen von 50 Millionen Euro zu den führenden Salzburger Wohnbauunternehmen. Der innovative Wohnbauspezialist ist im Bundesland Salzburg absoluter Marktleader im Bereich Kommunalbauten.

Die Kosten exakt einzuhalten zählt wohl zu einer der schwierigsten Herausforderungen im Kommunalbau, wie unzählige Beispiele beweisen. Aufgrund fehlenden Kostenmanagements werden die Gemeindegassen oft über Jahre hinweg schwer belastet, ganz zu schweigen von den unzähligen Diskussionen im Gemeinderat und heftigen Kritiken aus der Öffentlichkeit. Dem wirkt nun die Salzburg Wohnbau entgegen.

Mit einer Kostengarantie gegenüber den Gemeinden werden die Baukosten nicht nur exakt eingehalten, sondern häufig sogar unterschritten. „Wir legen großen Wert auf echte Qualität im Baumanagement, die eine exakte Planung und eine Umsetzung durch kompetente Partner voraussetzt. Dazu gehört vor allem der Bereich des Kosten-Controllings, damit der aktuelle Stand der Baustelle sowie die Ist- und Plan-Kosten transparent gehalten werden und jederzeit lenkend eingegriffen werden

kann. Das erfordert bei Projekten mit einem Bauvolumen bis zu 20 Millionen Euro viel Know-how und Erfahrung“, weiß Mag. Roland Wernik, Geschäftsführer der Salzburg Wohnbau.

Leistungsprämie bei Unterschreitung der Baukosten

Der Erfolg, der durch ein qualitativ hochwertiges Baumanagement erzielt wird, kann sich sehen lassen. So wurden die Baukosten bei der Stadthalle in Oberndorf, die mit einem Bauvolumen von 6,2 Millionen Euro geplant und Anfang November offiziell übergeben wurde, um vier Prozent unterschritten.

Auch beim innovativsten Kindergarten der Stadt Salzburg, dem Kindergarten Leopoldskron-Moos, wurden die geplanten Baukosten (2 Mio. Euro) wesentlich unterschritten. Hier bestechen vor allem ein begrüntes Holzdach, das im Sommer als Spielplatz und im Winter zum Rodeln genutzt wird, und die alternative Energiegewinnung: eine Wärmepumpe wird mit Energie aus dem Leopoldskroner Moor gespeist.

Beim Kindergarten in Neukirchen, der im September eröffnet wurde, ist es dem Pla-

nungs-Team der Salzburg Wohnbau gelungen, einen echten Erlebnis-Kindergarten mit Spielturn und Spielterrassen im Freien zu schaffen. Bei diesem Projekt wurden die Baukosten in Höhe von 1,6 Millionen Euro ebenso wie beim Recyclinghof in Hallwang, der seit Ende Oktober in Betrieb ist, exakt eingehalten. Im September 2003 wird das Seniorenwohn- und Pflegeheim in Mühlbach fertiggestellt, das 42 Bewohnern Platz bietet. Hier werden die Baukosten (4,7 Mio. Euro) voraussichtlich um 3,5 Prozent unterschritten werden. „Auch beim Krankenhaus in Abtenau, das derzeit mit einem Bauvolumen von 10,5 Millionen

Euro errichtet und im Frühjahr 2004 übergeben werden kann, rechnen wir mit einer Unterschreitung der Plankosten“, freut sich Wernik, der mit den Auftraggebern so genannte Leistungsprämien vereinbart, die von der Unterschreitung der Baukosten abhängig sind.

Das bedeutet, dass die eingesparten Kosten der Gemeinde gutgeschrieben werden und die Salzburg Wohnbau durch eine Erfolgsprämie profitiert, wenn es gelingt, die geplanten Baukosten eines Objektes bei gleicher Qualität und Funktionalität zu unterschreiten.

art media

Wir errichten für die Salzburger Gemeinden eine Internetpräsenz in audiovisueller Form im Hinblick auf Gemeindegewerkepunkte Tourismus, Landschaftsbild und Gastronomie. Diese Internetpräsenz umfasst die Integration von Film, Foto und akustischen Elementen sowie den Link auf die gemeindeeigene Homepage.

Info unter:

0664/430 39 96 oder 0664/143 38 85

**sounddesign-digitalrecording-
medienproduktion-editing on AVID**

www.artmediasalzburg.com

Konferenz zu den Herausforderungen alternder Bevölkerungen

Der Ausschuss der Regionen und der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas haben sich Ende November in einer Konferenz mit den Herausforderungen alternder Bevölkerungen - lokale und regionale Perspektiven und Praktiken - auseinandergesetzt

Im Mittelpunkt standen die Herausforderungen, die sich durch die in allen EU-Staaten und – mit der Ausnahme der Türkei - auch in allen Beitrittsländern zu verzeichnende Alterung der Bevölkerung für die Wirtschaft - vor allem den Arbeitsmarkt (alternde und abnehmende Erwerbsbevölkerung) - sowie das Gesundheits- und Rentensystem ergeben.



Antonis Kastrissianakis von der Europäischen Kommission sprach in diesem Kontext von einer „tickenden Zeitbombe“, deren Explosion auch auf lokaler und regionaler Ebene zu spüren sein werde. Dieser Formulierung wollte sich der Europaabgeordnete Bartha Pronk nicht anschließen, der es bevorzugte, bei dem Begriff „Herausforderung“ zu bleiben. Nach Ansicht von Herrn Kastrissianakis ist die EU dazu aufgefordert, eine Alterspolitik zu entwickeln, die die gesamte Lebensspanne und die Gesamtgesellschaft umfasst, also das volle Potenzial der Menschen aller Altersgruppen ausschöpft. Das Ergebnis müsse eine „Politik des aktiven Alterns“ sein, deren Kernkomponenten das lebenslange Lernen, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der spätere und schrittweise Übergang in

den Ruhestand, aktives Leben im Ruhestand sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit der Lebensqualität sein müssten. Auch müsse die Erwerbsbeteiligung der Frauen verbessert und eine Förderung der Zuwanderung in Betracht gezogen werden. Die Zuwanderung, so wurde in der Diskussion deutlich, müsse aber gezielt erfolgen, da nicht immer die Arbeitskräfte in die EU kämen, auf die der Arbeitsmarkt gerade warte, und dadurch das Absorptionsvermögen belastet werde. In der Diskussion wurde die Bedeutung der Berücksichtigung aller Altersgruppen nochmals unterstrichen. Die Alterspolitik dürfe nicht nur auf alte Menschen

abzielen. Angesprochen wurde auch - obwohl die Arbeitsmigration nicht das eigentliche Thema der Konferenz darstellte - die Alterungsproblematik, die sich in einigen Regionen der EU schon heute durch die Abwanderung junger Menschen ergibt. Das Europabüro der Sächsischen Kommunen wies in diesem Zusammenhang auf die Situation in den neuen Bundesländern hin. Peter Moore vom Ausschuss der Regionen merkte an, dass es sicherlich schlecht wäre, den Mangel an Arbeitskräften in einigen Regionen durch den Zuzug von Beschäftigten aus anderen Regionen zu lösen, wenn dies zu Strukturverschlechterungen in den Herkunftsregionen führe. Die Knappheit der Produktionsfaktoren Arbeit und Humankapital, die schon heute in mehreren Bereichen gegeben sei, mache aber auch eine Erhöhung der Beschäftigtenmobilität erforderlich. Sicherlich könne eine Steuerung der Arbeitskräftewanderungen

sinnvoll sein. Herr Lambert van Nistelrooij vom Ausschuss der Regionen wies in diesem Zusammenhang auf ein Abkommen zwischen den Niederlanden und Polen zum Einsatz polnischer Arbeitskräfte im niederländischen Pflegebereich hin. Auch für die Sektoren Bau und Landwirtschaft würden schon heute befristete Arbeitserlaubnisse (Saisonarbeit) vergeben werden.

Die Arbeitskräftemigration sorgt für eine Umverteilung der Arbeit, löst aber sicherlich nicht das Problem, dem sich die EU in ihrer Gesamtheit gegenübersteht. Die Migration stellt ein altes Phänomen dar, dass Menschen in andere Regionen abwandern, um sich dort eine bessere Existenz aufzubauen. Schwierig wird es aber dann, wenn die letztlich auf den Marktkräften beruhende Migration zu einem Ausbluten bestimmter Regionen führt.

Schönleitner macht Druck

Alles aus einer Hand

Die Druckerei Christian Schönleitner
A-5431 Kuchl, Markt 86
[Ruf] 062 44/65 72-0 • [Fax] 062 44/6572-12
[ISDN] 062 44/6572-30 • [e-mail] schoenleitner.druck@aon.at



- bester Frontlader im internationalen Vergleich

Auf Initiative der Zeitschriften „DLZ“ und „Agrartechnik“ fand in der DEULA-Schule Nienburg im November 2002 ein internationaler Vergleichstest von Frontladern statt. Zehn führende Produzenten, darunter auch der „POM C“-Lader der Franz Hauer GmbH & Co KG, stellten sich der Fachjury, die jedes Produkt genau unter die Lupe nahm.

Bewertet wurden die Frontlader nach bestimmten Kriterien wie Hubkraft, Hubgeschwindigkeit, Schwingenan- und abbau, Genauigkeit der Parallelführung,

Handhabung, Arbeitseinsatz usw. Bei der Hubkraft erzielte der „POM C 130“ von Hauer äußerst gute Werte und auch beim Schwingenan- und abbau erreichte man sensationelle Zeiten. Diese wurden durch den Einsatz des innovativen SERVO-BLOCK-SYSTEMS, dem automatischen Frontlader-Kuppelsystem von Hauer, erreicht.

Eine ebenso gute Bewertung erhielt der Lader beim allgemeinen Arbeitseinsatz sowie bei Hubhöhen und Kippwinkeln. Die Parallelführung zeichnete sich

äußerst geringe Abweichungen aus. Hier ist besonders darauf hinzuweisen, dass kein aufwendiges Bolzenumstecken bei den Pleuelstangen der Parallelführung notwendig ist um gute Werte für Schaufel und Paletten-gabel zu erreichen.

Alle Kriterien des Tests unter dem Strich zusammengezählt, ergaben für den „POM C“ von Hauer die beste Bewertung bei diesem Frontladervergleich.

Gesteuert wurde der „POM C“ beim Vergleich übrigens mit dem neuen Proportional-Steuergerät

„EPCV“. Dieses Steuergerät erlaubt es, den Lader besonders präzise, leicht und rationell zu steuern, da sich jede einzelne Frontladerfunktion über ein Grafikdisplay in Bezug auf Ansprechverhalten und Geschwindigkeit programmieren lässt.

Den Testspiegel des Frontladervergleichs sowie weitere Informationen über die österreichischen Qualitätsprodukte der Firma Hauer erhalten Sie beim Fachhandel, direkt bei der Franz Hauer GmbH & Co KG, 3125 Statzendorf 67, Tel. 02786/7104-0, Fax Dw-15, e-mail: info@hfl.co.at und im Internet unter www.hfl.co.at.
HAUER – the loading company!

Internationale Tagung „Kommunales Marketing“ in Hof

Am 7.11.2002 fand in der noblen Atmosphäre des Arabella Sheraton Hotel Jagdhof am Fuschlsee in Hof die Internationale Tagung „Kommunales Marketing – Best Practices für Ihren Erfolg nutzen“ statt.

Die gut besuchte Veranstaltung stellte deutlich dar, dass Marketing im „Public Sector“ längst nicht mehr bloße Öffentlichkeitsarbeit ist. Zahlreiche Referenten aus der Privatwirtschaft und der Wissenschaft, aber auch aus dem kommunalen Bereich, präsentierten ihre Strategien und Projekte.

So bot sich etwa die Gelegenheit, Näheres über die Verwaltungsmodellgemeinde Seekirchen und das Projekt CIVES, aber auch das Rogner-Projekt in St. Martin bei Lofer, zu erfahren. Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, betonte, dass die Gemeinden das verkörpern, was bei allen Marketingkonzepten für die öffentliche Verwaltung als oberste Maxime angesehen wird:



Bürgernähe und Kundenorientierung.

Gerade für die kleineren und mittleren Gemeinden sind das keine Schlagworte, sondern gelebte Politik, die nicht nur die größte Transparenz garantiert, sondern auch jene darstellt, mit der sich der Bürger am meisten identifizieren kann.

WH Quell- und Brunnenbau

Trinkwasserversorgung
Suchen von Quell- u. Grundwasser
Vertikal / Horizontal- und
Kernbohrungen
Spezialgeräte- und Pumpen

Fa. Wilhelm Hönegger GmbH.
A-5571 Mariapfarr
Stranach 109
Tel: 06473 / 20 120 • Mobil: 0664 / 122 52 56
e-mail: wilhelm.hoenegger.gmbh@aon.at